

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 848 pphn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Michael Müller MdB zur Notwendigkeit, die 90er Jahre zum Jahrzehnt des ökologischen Umbaus zu machen: Die Verhinderung der Klimakatastrophe als Menschheitsaufgabe. Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier MdL zur neuerlichen Kritik Friedhelm Farthmanns am Quotenbeschluß: Ein Kampf auf verlorenem Posten. Seite 3

Prof. Rolf Wernstedt MdL zur Entwicklung der Bildungseinrichtungen in beiden deutschen Staaten: Die Demokratisierung der Schulen. Seite 4

Dokumentation:

Horst Sielaff MdB schrieb an Wolfgang Schnur: Distanzieren Sie sich von der Schmutzkampagne gegen die SPD. Wortlaut Seite 6

45. Jahrgang / 48

9. März 1990

Die Verhinderung der Klimakatastrophe als Menschheitsaufgabe

Zur Notwendigkeit, die 90er Jahre zum Jahrzehnt des ökologischen Umbaus zu machen

Von Michael Müller MdB

Obmann der SPD-Fraktion in der Enquetekommission „Schutz der Erdatmosphäre“

Vor 20 Jahren formulierte Aurelio Peccei, der Gründer des Club of Rome: „Die Menschheit steht an einem Wendepunkt. Wohin das Pendel schlagen wird, liegt bei den Menschen selbst.“ Damit wurde zum ersten Male die wachstumsorientierte Fortschrittsphilosophie der Neuzeit nachhaltig in Frage gestellt.

Wie berechtigt die Warnung ist, die Natur nicht als unerschöpfliche Ausbeutungsquelle mißzuverstehen, zeigt sich heute überdeutlich. Die 80er Jahre sind zum Jahrzehnt der Umweltzerstörung geworden. Die Grenzenlosigkeit in der Nutzung von Energie und Rohstoffen und die Entgrenzung und Beschleunigung unseres Wirtschafts- und Lebensstils haben zu einem historisch einmaligen Naturverbrauch geführt. Und heute verdichtet sich die reale Gefahr, daß das Klima seinen natürlichen Zyklus verliert. Die Menschheit steht vor einer Herausforderung, die möglicherweise nur noch gleichzusetzen ist mit unserer Verantwortung zur Verhinderung eines nuklearen Vernichtungskrieges. Die Folgen einer Klimaverschiebung wären Hungersnöte, Völkerwanderungen, internationale Konflikte und der Zusammenbruch ökologischer Systeme.

Das Klimasystem umfaßt alle Prozesse in der Atmosphäre und in den Ozeanen, mit denen die globale Verteilung von Wind, Niederschlag und Temperatur gesteuert werden. Das Leben auf unserem Planeten wird von einem komplizierten Wechselspiel zwischen dem Klimasystem und den vielfältigen ökologischen Kreisläufen bestimmt, durch das die lebenswichtigen chemischen Elemente ausgetauscht werden. Diese Prozesse sind mit dem globalen Wasserhaushalt verflochten und werden von der biologischen Artenvielfalt beeinflußt. Die Komplexität dieses Systems macht die

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung für den Inhalt
übernehmen die Verfasser
Rendite-Politik



Probleme bei der Bewertung der heutigen Wetterstörungen aus. Aber: Auch wenn wir heute den letzten exakten wissenschaftlichen Nachweis einer kommenden Klimakatastrophe (noch) nicht führen können, so weisen doch sowohl die Klimamodellrechnungen, die sich immer mehr verbessern, als auch konkrete Beobachtungen in diese Richtung. Dazu zählen zum Beispiel die Erwärmung der Erdtemperatur, die erhöhten Schadstoffkonzentrationen in der Troposphäre, das Abschmelzen der Gebirgsgletscher, die Umverteilung der Niederschläge oder auch das verstärkte Auftreten von Wetterextremen wie zuletzt die Vielzahl der Orkane über Westeuropa. Und diese Entwicklung beschleunigt sich.

Die von der Klimaforschung für die nächsten vier Jahrzehnte prognostizierte Aufheizung von global drei bis vier Grad Celsius würde in der Höhe der dann eingetretenen Temperaturwerte und in der Geschwindigkeit der Veränderung sämtliche aus der Menschheitsgeschichte bekannten Klimaschwankungen bei weitem übertreffen. Vor dem Hintergrund dieser Trends muß jeder, vor allem aber die politischen Verantwortlichen begreifen: Die Konflikte des nächsten Jahrhunderts werden in erster Linie um Naturgüter und ökologische Fragen gehen. Wir können nicht ausschließen, daß eine drastische Verschlechterung der Umweltqualität zu Notstandsmaßnahmen, also zu einer gravierenden Anpassung zwingt.

Vor allem die Industrieländer als Hauptverschmutzer der Umwelt haben die Verantwortung, eine Klimakatastrophe zu verhindern: Das heißt:

- 0 Die heutigen Wachstums- und Wirtschaftsmodelle der Industrieländer sind, gleich in welcher politischen Verfassung, so nicht verallgemeinerungsfähig. Unser Umwelt- und Energieverbrauch hätte als allgemeiner Standard unmittelbar den ökologischen Kollaps zur Folge. Durch das ungebrochene Bevölkerungswachstum wird dieser Grundkonflikt weiter verschärft.
- 0 Wir müssen die mechanistischen Denkweisen überwinden, die uns in den letzten drei Jahrhunderten geprägt haben. Die Natur ist keine durchkonstruierte Maschine, die nach linearen Gesetzen funktioniert. Deshalb können wir auch nicht auf den exakten Kausalbeweis für die Wetterextreme warten, denn das wäre die Klimakatastrophe selbst und die dann unwiederbringlich. Wir müssen deshalb von der hohen Plausibilität der heutigen Fakten, einschließlich der Gefahr sich verstärkender Wechselprozesse, ausgehen.
- 0 Wir brauchen nicht zuletzt, um die Probleme nicht länger nur rhetorisch zu behandeln, sondern sie zu lösen, ein neues Verständnis von Politik und mehr Mut für Entscheidungen. Heute sind wir bei unseren Entscheidungen nicht global und auch nicht längerfristig ausgerichtet. Dies aber steht in einem Widerspruch zu den schleichenden Gefahren.

Erich Kästner hat Recht: „Es geht auf keinen Fall so weiter, wenn es so weiter geht!“ Dieses Jahrzehnt muß zum Jahrzehnt des ökologischen Umbaus werden. (—/9.3.1990/rs/fr)

* * *

Ein Kampf auf verlorenem Posten

Zur neuerlichen Kritik Friedhelm Farthmanns am Quotenbeschluß

Von Inge Wettig-Danielmeyer MdL
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Wieder einmal hat Friedhelm Farthmann unter Beweis gestellt, daß er nicht lernfähig ist. Mit seiner neuerlichen Kritik am Quotenbeschluß der SPD demonstriert er zusätzlich, daß er ein schlechter Verlierer ist. Mit seinen dauernden Versuchen, die Männer der Partei gegen die Frauen in Stellung zu bringen, schlägt er die Schlachten von vorgestern.

Fürwahr, der Weg zum Quotenbeschluß war zuweilen steinig. Am Ende aber ist dieser formale innerparteiliche Gleichstellungsschritt mit der überwältigenden Mehrheit der Stimmen von Frauen und Männern gefaßt worden. Von Konfrontation gegen die Männer also keine Spur.

Über Farthmanns Aufforderung zum verstärkten Engagement für mehr Gleichberechtigung könnte man sich beinahe freuen, wäre sie nicht gekoppelt mit der überraschenden Unterstellung, SPD-Frauen sorgten sich vor allem um Geschlechtsgenossinnen, die Karriere machen.

Als Fraktionsvorsitzender im bevölkerungsreichsten Bundesland sollte er über die Politik seiner Partei wirklich besser informiert sein. SPD-Frauen wie -Männer haben sich in der Vergangenheit um die Verbesserung der Situation aller Frauen sowohl im Beruf als auch in der Familie gekümmert. Die Bildungsreform, die Auseinandersetzung um den Paragraphen 218 und der Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit sind nur Beispiele.

Daß auf diesem Weg immer mehr Frauen auch Karriere machen können, nehmen SPD-Frauen jedenfalls billigend in Kauf.

Mit seiner Position in Sachen Frauenpolitik kämpft Friedhelm Farthmann auf verlorenem Posten.

(-/9.3.1990/rs/ks)

* * *

Die Demokratisierung der Schulen

Zur Entwicklung der Bildungseinrichtungen in beiden deutschen Staaten

Von Professor Rolf Wernstedt MdL

Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen

Der revolutionäre Demokratisierungsprozeß der DDR hat einen eigenständigen Charakter. Auf dem historischen Hintergrund einer stalinistischen und poststalinistischen Herrschaftstheorie und -praxis haben sich selbständige Formen des friedlichen Widerstandes, des eigenen Dialogs und urdemokratischer Organisationsformen entwickelt. Unter halblegalen Bedingungen, Beobachtungszwang und Angst haben die Möglichkeiten der Kirche, der Friedens- und Ökogruppen einen ganz eigenen und selbständigen Beitrag zur deutschen Demokratie geleistet.

Der Großteil der Professorenschaft der DDR und vor allem die im Volksbildungsbereich tätigen Menschen der Schulaufsicht, der Schulleitungen und der Lehrerinnen und Lehrer haben diesem Prozeß farnestanden. Diese Aussage ist auch dann noch richtig, wenn man berücksichtigt, daß zahllose Lehrkräfte aufopfernd, pädagogisch verantwortungsvoll und menschlich erzogen und unterrichtet haben. Das System der DDR-Schule ist mit seinen engen Vorgaben der Lehrpläne der SED-Ausrichtung, der Primitivierung des Marx'schen Denkens, der Instrumentalisierung durch die FDJ, der gesellschaftspolitischen Zwangsveranstaltungen als ganzes so diskreditiert, daß ein Großteil der Lehrerinnen und Lehrer natürlich nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv betroffen ist. Das scharfe Urteil von Christa Wolf („Wochenpost“ Nr. 43, Oktober 1989, Seite 3), daß der Kern des Problems darin bestehe, „daß unsere Kinder in der Schule zur Unwahrhaftigkeit erzogen und in ihrem Charakter beschädigt werden, daß sie gegängelt, entmündigt und entmutigt werden“, hat zwar tiefe Empörung bei den Lehrerinnen und Lehrern der DDR hervorgerufen. Es ist aber in seinem Kern richtig. Die Erziehung zum doppelten Gesicht ist ein Charakteristikum der DDR-Schule seit ihrem Bestehen: eines für die Freunde und die Familie, das andere für die Schule und die Öffentlichkeit.

Es ist nun wohlfeil, vom Westen aus dies zu diagnostizieren und vielleicht zu verurteilen. Nach der Selbstbefreiung mit der historisch frapierenden Parole „Wir sind das Volk“, die ja nur als Zurückweisung der jahrzehntelangen Anmaßung verständlich ist, stellt sich für alle in der Volksbildung bisher Tätigen die Frage, wie hoch ihr Anteil an dieser Art Seelenbeschädigung und Selbstbeschädigung war. Auch Unterlassung macht hier schuldig, wie wir aus anderen Bewältigungsproblemen wissen. Dies ist ein psycho-soziales Problem größten Ausmaßes, weil es die Frage nach der persönlichen, fachlichen, pädagogischen und menschlichen Identität überhaupt stellt. Wir im Westen haben gar keinen Grund, darüber besserwisserisch zu reden. Außerdem gibt es bei uns natürlich massenhaftes Versagen im pädagogischen Alltag. Die zwanghafte Verrenkung für ideologische Ziele ist allerdings kein schulisches Charakteristikum im Westen.

Gleichwohl ist diese psychische Situation nicht einfach mit einem Paradigmenwechsel zu erledigen, wie dies der Sektionsleiter Marxismus/Leninismus/Staatsbürgerkunde der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig, Professor Trommer, kürzlich auf einem Symposium in Hannover vortrug. Das Auswechseln der Lehrpläne innerhalb weniger Monate würde die Glaubwürdigkeit der Lehrerinnen und Lehrer nicht wiederherstellen, weil dies die alte Methode wäre, die schon einmal gescheitert ist.

Es ist nach aller menschlichen und historischen Erfahrung unmöglich, daß man massenweise gleichsam von einem Tag auf den anderen von einem Saulus zu einem Paulus wird. Dies gilt auch für die Befreiung in die Demokratie. Die pauschale und vorschnelle Übernahme von Lehrbüchern, Lehrplänen, Lernzielen und Methoden (mit Ausnahme vielleicht naturwissenschaftlicher beziehungsweise sprachlicher Möglichkeiten) würde nur eine Bevormundung durch die andere ersetzen. Sie wäre nicht das, was der Demokratisierungsprozeß in der DDR selbst möglich machen könnte.

Im übrigen hat die DDR-Pädagogik und -Didaktik in Fragen des Grammatikunterrichts, in Fragen der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer Hervorragendes geleistet. Es sind nicht die schlechtesten Lehrer der Bundesrepublik, die sich häufig des Ratschlags dieser Bücher bedienen. Auch heute noch.

Gleichzeitig ist die Wut vieler Eltern und die Zügel-Losigkeit der Schülerinnen und Schüler (als positive Beschreibung verstanden) nicht problemlos. Denn vieles war im DDR-Schulsystem nur deswegen so grauenvoll möglich, weil die Eltern auf die vielen kleinlichen Drangsalierungen nicht mit dem notwendigen und auch möglichen Widerspruch reagierten.

Die in der DDR vielfach erhobene Forderung nach Entlassung oder Auswechslung nicht nur der Schulleitungen und Schulaufsicht, sondern auch der Lehrkräfte, ist sehr verständlich, sie spiegelt selbst aber einen Teil von Verdrängung.

Die in den letzten Monaten so kraftvoll erhobene Forderung „Deutschland einig Vaterland“ weicht bei der Bearbeitung der konkreten und harten Einheitsmaßnahmen, die jetzt vor der Tür stehen, wie zum Beispiel Währung, Wirtschaft, drohende Arbeitslosigkeit, neue Rechtsverhältnisse, Problem der Geldwertsicherung und der sozialen Sicherungen und so weiter, in der DDR einer zurückhaltenden und teilweise resignativen Haltung. Ich halte dies für verhängnisvoll, weil gerade in der DDR die Etablierung der Freiheit zur Freisetzung von Energie, Fantasie und Tatkraft führen sollte.

Friedrich Diackmann schrieb unter dem Titel: „Viele Puppen in der Puppe“ in der „Frankfurter Rundschau“ vom 27. Februar 1990:

„Die allen ohne Ausnahme, ohne Ausgrenzung heute gestellte Aufgabe lautet, Freiheit zu einem konstruktiven Moment zu machen. Dazu bedarf es statt der selbstquälenden oder nostalgischen oder ab- oder aufrechnenden Versenkung in das gewichene Übel des entschlossenen Blicks nach vorn. Was frommt, ist die ebenos gemeinsame wie differente, die streitbare und umfassende Teilhabe an einer Umbildung der gesellschaftlichen Funktionen.“

Die Lehrerschaft ist hierzu besonders aufgerufen und eigentlich auch befähigt. Inwiefern die Wissenschaftler in diesem Prozeß noch eine Rolle spielen können, vermag ich nicht zu sagen. Vielfache Anstrengungen mancher DDR-Professoren in der Bundesrepublik der letzten Monate zeigen, daß sie sich eher als Getriebene denn als aktiv Formulierende fühlen.

Die tatsächlichen Erfahrungen des Emanzipationsprozesses der letzten Monate geben reichhaltigen Stoff für die Neuformulierung und Neuverständigung des pädagogischen Stoffes. Es wäre im Augenblick völlig verfehlt, auf zentrale Vorgaben zu warten und deren Erfüllung zensurenmäßig einzufordern. Politische Bildung, Geschichte und vielleicht Literatur sollten in den nächsten zwei Jahren vielleicht gar nicht zensiert werden, sondern der Versuch unternommen werden, den Demokratisierungsprozeß selbst zu thematisieren und historisch-politisch vergleichend zu bearbeiten und auch zu verarbeiten. Es wird nicht lange dauern, dann werden dicke Bücher erscheinen. Dissertationen geschrieben und Habilitationsschriften verfaßt, die diesen Demokratisierungsprozeß beschreiben werden und gegenwärtigen. Daraus werden später mit Sicherheit umfangreiche Lehrpläne entwickelt. Darauf zu warten, sollten die Beteiligten sich nicht antun.

Die Demokratisierung der DDR-Schule gelingt, glaube ich, nur, wenn die Lehrerschaft mit den interessierten Eltern, Schülern und Persönlichkeiten der Gesellschaft ihre Inhalte selbst mit erarbeitet. Insofern müßte eigentlich jede Schule einen Runden Tisch für sich etablieren.

Die Bundesrepublik hat zu diesem Prozeß keine Nachhilfe zu leisten, sondern kann nur für die rechtlichen Organisationsformen der Schulverfassung, der Beteiligung der Eltern, Schülerinnen und Schüler, Schulträger und anderer, der Rechte bei der Schulbuchzulassung, der Einschränkung der Schulaufsicht, der Schaffung von pädagogischen Freiräumen und so weiter, Argumentationshilfe und Modellüberlegungen anbieten. (Vgl. Deutscher Juristentag, Schule im Rechtsstaat Band 1, Bericht der Kommission Schulrecht des Dt. Juristentages München 1981, oder die vielen Schulgesetze einzelner Bundesländer.) Dazu gehören auch die massenhaft zu organisierenden Schüleraustauschmöglichkeiten und die Lehrerinnen- und Lehrerbegegnungen, Lehrerfort- und -weiterbildung können gemeinsam organisiert werden. Dozentenaustausch von westlichen Dozenten an DDR-Hochschulen und umgekehrt wären keine schlechte Voraussetzung für das gemeinsame deutsche pädagogische Gespräch und die Demokratisierungsmöglichkeiten der Schulen. Denn es ist offensichtlich so, daß in den pädagogischen Grundauffassungen von Frontalunterricht, Zensur, Disziplin und vieler anderer sogenannter Alltagsmöglichkeiten des schulischen Alltags großer gegenseitiger Erfahrungsaustausch notwendig ist.

Der Demokratisierungsprozeß der Institution Schule ist in der Bundesrepublik selbst nicht abgeschlossen.

(-/9.3.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Herr Schnur, distanzieren Sie sich von der Schmutzkampagne gegen die SPD!

Der SPD-Bundestageabgeordnete Horst Sielaff, Mitglied des Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen, hat den Vorsitzenden des Demokratischen Aufbruch, Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, aufgefordert, sich von der Schmutzkampagne gegen die DDR-SPD zu distanzieren. Wir veröffentlichen den Brief im Wortlaut.

Sehr geehrter, lieber Herr Schnur,

wir sind uns wiederholt - in schwierigen Zeiten bei internen Gesprächen in der Samariter-Kirchengemeinde bei Herrn Pfarrer Eppelmann - begegnet.

Gemeinsam mit Jürgen Schmude und - falls er nicht an der Grenze zur DDR zurückgehalten wurde - Gert Weisskirchen haben wir in kleinem Kreise engagierter Christen überlegt und geplant, wie der Demokratisierungsprozeß verstärkt werden könnte, wie die Realisierung der Menschenrechte und die Anwendung der KSZE-Akte in der DDR in Gang gesetzt und von uns, wenn auch nur in bescheidenem Maße, geholfen werden kann. Ich habe in diesen offenen Gesprächen viel gelernt und bin immer mit Hochachtung von der menschlich verantwortungsbewußten und demokratischen Grundeinstellung aus diesen Gesprächen nach Hause gefahren.

In diesem Kreis in der Samariter-Kirchengemeinde in Berlin/Ost wurde auch immer wieder die Wichtigkeit der Arbeit der Sozialdemokraten aus der BRD hervorgehoben und unterstrichen. Und nun erlebe ich in der DDR einen Wahlkampf mit Diffamierungen und Unterstellungen schlimmster Art auch gegen Sozialdemokraten. In großem Maße beteiligt sich daran auch der von Ihnen geführte Demokratische Aufbruch. Darüber bin ich entsetzt und persönlich enttäuscht. Ich selbst habe in meinen Reden in der DDR, trotz unterschiedlicher parteipolitischer Auffassungen, immer darauf hingewiesen, wie Menschen, die heute in unterschiedlichen politischen Gruppen arbeiten, gemeinsam die Demokratie erkämpft haben und daß diese gemeinsame demokratische Basis nicht zerstört werden darf und man auch nach dem Wahlkampf wiederum gemeinsam die schweren Aufgaben zu lösen hat.

Deshalb mein Appell und meine Bitte an Sie: Lassen Sie nicht zu, daß diese Schmutzkampagne (vermutlich durch Ihre politischen Partner aus der Bundesrepublik in Gang gesetzt und finanziert) insbesondere gegen die Sozialdemokraten, die Atmosphäre in der DDR zwischen den Reformgruppen vergiften und ein gemeinsames Arbeiten für die Demokratie blockieren.

Bekennen Sie sich dazu, daß es - vielleicht sogar in der Hauptsache - gerade Sozialdemokraten waren, die ohne große Presse den Reformgruppen auch vor dem 9. November zur Seite standen.

Lassen Sie es nicht zu, daß wir als antidemokratisch oder als Gegner der Freiheit diffamiert werden. Es ist eine schlimme Verleumdung, die traditionsreiche SPD mit einer SED in einen Topf zu werfen und in Flugblättern zu polemisieren: „Wir wollen die Einheitssozialisten nicht mehr, auch nicht als demokratische Sozialisten oder soziale Demokraten.“ Andere Flugblätter sind da noch schamloser und drastischer.

Ich bitte Sie, distanzieren Sie sich noch vor dem 18. März von dieser Schmutzkampagne gegen Sozialdemokraten!

(-/9.3.1990/rs/fr)

Mit besten Grüßen
Ihr
gez. Horst Sielaff

* * *